

P/XVIII/103

Bonn, den 31. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- 2	Das liebe Feste ----- Politische Pfingstbetrachtungen 1963 Von Franz Barsig	32
2a	Angebrachte Warnung ----- Deutsche Auswanderer und Südafrika	30
2a	Rasche Sinnesänderung ----- Wirkungen eines Israelbesuchs	21
3 - 4	Der Spiegel der Bundeswehr ----- Die Einrichtung des Wehrbeauftragten Von Karl Herold, MdB	64
5	Hollywood entthront ----- Wandlungen im Spiegel der Statistik Von Bruno Kuster, Genf	46
6 - 7	Mein Weg zur Sozialdemokratie (III) ----- Bekenntnisse bekannter Sozialdemokraten	84

Chefredakteur Günter Markscheffel

Das liebeliche Fest

Politische Pfingstbetrachtungen 1963

Von Franz Barsig

Pfingsten, das liebeliche Fest, wird wettermäßig aller Voraussicht nach das erfüllen, was man von ihm erwartet. Nach den Voraussagen des ADAC wird allerdings für die motorisierten Pfingstreisenden die "Lieblichkeit" spätestens am Pfingstsonntag um 10.00 Uhr ein Ende haben, denn schon zu diesem Zeitpunkt wird erwartet, daß die Autobahnen und Hauptverkehrsstraßen hoffnungslos verstopft sind. Ein Symptom dafür, daß die gegenwärtige Bundesregierung trotz des Herrn Seeborn mit der goldener Schere die Verkehrsprobleme in der Bundesrepublik nicht hat lösen können und die Kluft zwischen Zunahme der Motorisierung und dem Straßenbau immer größer wird.

Aber so wie auf diesem Gebiet ist die politische Landschaft in der Bundesrepublik alles andere als lieblich anzusehen. Geschäftige Propagandisten der CDU/CSU haben nach der Nominierung von Prof. Erhard als Kanzlerkandidat dieser Partei den Eindruck zu erwecken versucht, nun sei die schreckliche, die kaiserlose Zeit zu Ende und überall herrsche nun eitel Wohlgefallen. Wer die Dinge ein wenig näher betrachtet, der weiß, daß die Zwietracht nicht überwunden ist. Es bedurfte wahrlich nicht der Moldungen, die davon sprechen, daß Erhard eingemauert werden soll, um die Prognose zu stellen, daß spätestens Ende Juli, Anfang August der Personenstreit in dieser Partei neu aufbrechen wird.

Auch das Verhältnis der Koalitionspartner untereinander atmet wenig vom pfingstlichen Geist. Die Regierungsbildung in Niedersachsen hat erneut den Beweis dafür geliefert, daß die CDU/CSU immer noch der Meinung ist, sie verfüge über die absolute Mehrheit und brauche nur auf den Knopf zu drücken, um ihren Willen durchzusetzen. Die Reaktion von Herrn Dr. Jäger auf diese Regierungsbildung, der die FDP als ein "Frauenzimmer" bezeichnete, das sich dem stärksten Mann an den Hals werfe, mag hingehen, denn die spitze Zunge dieses CSU-Politikers ist hinreichend bekannt. Ernster zu nehmen ist schon Dr. von Brentano, der in Karlsruhe lapidar meinte, die Bundesrepublik brauche eine starke Regierung und eine ebenso starke Opposition, aber keine dritte Partei, die immer nur mit der stärksten zusammen gehe.

Wenn Worte einen Sinn haben, dann kann sich Dr. von Brentano die FDP entweder nur als totalen Satelliten der CDU/CSU vorstellen oder aber man droht mit dem Mehrheitswahlrecht. Unter diesem Aspekt, nämlich des Gehorchens oder des Ermordens ist eine Wahlrechtsdiskussion in der Bundesrepublik aber nicht zu führen. Dieses Verhältnis unter Koalitionspartnern bringt das politische Leben zum Erstarren oder zur ständigen Korruption.

In der Sozialdemokratischen Partei gibt es kein Dogma in dieser Frage. Seit den Zeiten des Parlamentarischen Rates hat es in ihren

Reihen Anhänger des Mehrheitswahlrechtes ebenso wie das gegenwärtig gültigen Wahlsystems gegeben. Ihre Wahlrechtskommission, die sie kürzlich eingesetzt hat, wird unvoreingenommen alle Aspekte prüfen und den politischen Körperschaften das Material zuleiten. Wie immer aber die Entscheidungen eines Tages fallen werden, sie werden nicht die erpresserischen Züge haben, unter denen manche Kreise in der CDU/CSU das Wahlrecht betrachten.

Die Freien Demokraten sind schneller, als sie es erwartet haben, in die Entscheidung gedrängt worden, welche Rolle sie in der deutschen Politik spielen wollen, nämlich ob diese Partei sich nur als Regulator für die CDU/CSU zu betätigen hat, oder ob sie eine eigenständige Partei neben anderen Parteien sein will. Die Entscheidung ist trotz der niedersächsischen Regierungsbildung noch nicht gefallen - man ist ihr vielleicht näher gekommen, denn am liebsten ist es den Freien Demokraten immer noch, eine Koalition mit der SPD einzugehen, wenn diese bereits über die absolute Mehrheit verfügt. Aber die FDP wird nicht umhinkommen, eines Tages es als selbstverständlich zu betrachten, zur Partnerschaft nach allen Seiten bereit zu sein, es sei denn, sie entscheidet sich selbst mit der Regulatorrolle. Dann allerdings kann von Eigenständigkeit nicht mehr die Rede sein.

Diese inneren Belastungen in beiden Koalitionsparteien aber sind es, die die deutsche Innenpolitik zur Sterilität verdammen. In dieser Woche hat der Bundesrat wegen des Haushalts den Vermittlungsausschuß angerufen. Ein Ereignis, daß so fest stand, wie das Amen in der Kirche. Zum Abschluß der Beratungen wird ein Ergebnis herauskommen, das den Forderungen der Bundesregierung und ihrer Mehrheit nicht entspricht. Jeder wußte das, aber trotzdem haben sich Bundesregierung und Mehrheit auf diese unrealistische Position festgelegt, weil sie einfach nicht in der Lage sind elastisch zu handeln. Den Schaden trägt der deutsche Steuerzahler, denn man kann schon jetzt absehen, daß der Haushalt 1964 wegen dieses Unvermögens zeitlich und sachlich noch stärker belastet sein wird als der von 1963.

In der Sozialpolitik kann man nur noch von einem Jammerthal sprechen, denn nach einem fast fünfjährigen Tauziehen hat die Koalition keine Übereinstimmung beim Sozialpaket erzielen können. In der Kriegscyberversorgung herrschen mehr Meinungsverschiedenheiten als Konzeption vor. In der seit ungefähr neun Jahren versprochenen breiten Streuung des Eigentums gibt es eine totale Fehlanzeige.

Wo immer man auch hinblickt, diese Koalition ist nur noch fähig, recht und schlecht zu verwalten. Politik macht sie nicht mehr. Mag das Wetter auch noch so schön, und Pfingsten noch so lieblich sein, in der deutschen Innenpolitik sieht es nicht so aus. Aber was hilft's; CDU/CSU und FDP haben sich festgelegt, ihre Verwaltungs-Koalition bis 1965 fortzusetzen. Wir werden sie also, da vorzeitige Wahlen nach dem Grundgesetz fast unmöglich sind, noch zwei Jahre ertragen müssen. Die Sozialdemokratische Partei bereitet sich auf diesen Tag vor und sie ist überzeugt davon, daß denn der Staat wieder eine politische Führung erhält. Das wird allerdings ohne die führende Rolle dieser Partei dann nicht mehr möglich sein.

Angebrachte Warnung

Deutsche Auswanderer und Südafrika

sp - Die Regierung der Südafrikanischen Union wirbt auf vielfältigen Wegen um deutsche Auswanderer. Begehrt sind vor allem junge Handwerker, Krankenschwestern, Ingenieure und Landwirte. Geschmackvoll ausgestattete Werbeprospekte schildern die unbestreitbaren Schönheiten des Landes und die günstigen Berufsaussichten. Schnell könne man, so heißt es, vorankommen und bald führende Positionen erringen. Der verständliche Ehrgeiz und die Sehnsucht nach der Fremde werden hier bei jungen Menschen angesprochen. Die Wirkung bleibt nicht aus. In den letzten Jahren haben einige tausende Deutsche die Bundesrepublik verlassen und sind nach Südafrika gegangen. Welches Schicksal erwartet sie?

Sie kamen in ein Land, das durch seine Rassenpolitik sich immer mehr zum Außenseiter der Welt entwickelt und die Verachtung aller gesitteten Nationen auf sich zieht. Die inneren Verhältnisse in Südafrika spitzen sich zu, der Rassengegensatz nimmt unerträgliche Formen an und der Zeitpunkt scheint nicht mehr allzu fern zu sein, in dem es zum offenen Konflikt kommen wird. Die grenzenlose, das Gewissen herausfordernde Verblendung der südafrikanischen Regierung fordert dazu heraus. Die Konferenz der afrikanischen Staaten in der Hauptstadt Abessinians war ein nicht mehr zu überhörbares Warnzeichen. Für viele Millionen Afrikaner ist die Behandlung, die den schwarzen Bewohnern Südafrikas durch eine weiße Minderheit zuteil wird, eine nicht mehr zu duldennde Schmach. Die Südafrikanische Union hat alle Proteste der Vereinten Nationen in den Wind geschlagen, nimmt und nährt sie nicht zur Kenntnis. Die Folgen solchen Verhaltens können nicht ausbleiben. Wer nach Südafrika auswandert, läuft Gefahr, vom Strudel der Rassengegensätze verschlungen zu werden. Die Warnung des sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Wischnewski, einem Kenner Afrikas, an Deutsche. In dieses Pulver geladene Land nicht auszuwandern, geschah vor diesem düsteren Hintergrund. Wer Südafrika als neue Heimat wählt, geht einem ungewissen Schicksal entgegen.

Rasche Sinnesänderung

sp - Noch am ersten Tage seines Israelbesuches hat Franz Josef Strauß seinem Gastgebern die Gründe dargelegt, weshalb die von Israel gewünschte Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Bonn jetzt und in unmittelbarer Zukunft nicht erfolgen könne. Vier Tage Aufenthalt in Israel genügten, um eine Sinnesänderung zu erwirken. Der gleiche Strauß befürwortete nun die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten, ohne Rücksicht auf die Empfindlichkeit arabischer Länder, denn "wir können nicht zulassen, daß jemand anders uns sagt, was wir tun sollen". Ein wahres Wort, das gewiß nicht dadurch entwertet wird, weil es ein Strauß ausgesprochen hat. Öffentlich war es nicht nur so dahingesprochen. So manche führenden Männer der Regierungskoalition haben, sofern sie die Ehre besaßen, Gast der israelischen Regierung zu sein, den Israelis Hoffnungen gemacht, die dann grausam enttäuscht wurden. Es gibt keinen stichhaltigen Grund, der der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern widerspricht. Alle Gründe sprechen dafür. Das offizielle Bonn nahm bisher immer zu Ausreden Zuflucht. Franz Josef Strauß ist als Vorsitzender der CSU immer noch ein mächtiger Mann, und wenn sich nun sein Einfluß zugunsten einer Beseitigung aller Widerstände in der Regierung auswirken sollte, wäre sein Israel-Besuch, trotz allem, was er an trüben Begleiterscheinungen zeitigte, ein Erfolg.

Der Spiegel der Bundeswehr

Die Einrichtung der Wehrbeauftragten

Von Karl Herold, MdB

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Herr Heye, hat kürzlich dem Parlament seinen Bericht für das Jahr 1962 vorgelegt. Seine Aufzeichnungen bestätigen erneut die Notwendigkeit dieser Institution. Die SPD-Fraktion war richtig beraten, als sie 1952 die Schaffung einer Kontrollinstanz für die Streitkräfte, nach schwedischem Muster, zur Diskussion stellte. Unsere politischen Freunde im Norden hatten damit in den letzten Jahrzehnten gute Erfahrungen gemacht, wir konnten also dieses Experiment wagen. Trotz großer Schwierigkeiten, vor allen Dingen auch von seiten des Bundeskanzlers, konnte mit Hilfe der Grundgesetzänderung vom 19.3.1956 diese Idee verwirklicht werden.

Der Deutsche Bundestag gab sich damit ein wichtiges Hilfs- und Kontrollorgan. Der Wehrbeauftragte untersteht nicht dem Minister für Verteidigung, er repräsentiert eine zivile Institution, hinter der die ganze Autorität der Volksvertretung steht. Er hat sowohl das Recht zur eigener Initiative bei der Feststellung und Beseitigung von Missetänden in der Bundeswehr, als auch die Möglichkeit, ja die Verpflichtung, individuellen Beschwerden von Bundeswehrangehörigen nachzugehen. Im Gegensatz zu früheren Gepflogenheiten kann sich jeder Soldat direkt und unter Umgehung des Dienstweges an den Wehrbeauftragten des Parlaments wenden. Theoretisch soll und darf dem Beschwerdeführer kein Nachteil entstehen.

Kein Schreibtischstrategie

Der Jahresbericht 1962 zeigt besonders, daß unser derzeitiger Wehrbeauftragter kein sogenannter "Schreibtischstrategie" ist. 109 Tage im Berichtsjahr verbrachte er bei der Truppe. Er konnte sich dadurch, wie klar zum Ausdruck kommt, einen sehr guten Überblick über den Stand der Ausbildung, Unterkunft, Versorgung der Soldaten, aber auch über den Geist und die Stimmung in der Truppe verschaffen. Er gibt in seinem Bericht ein gutes Bild von der inneren Struktur der Bundeswehr und der Einstellung von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften zu ihrem Dienst und dem Staat, dem sie verpflichtet sind. Dabei muß natürlich berücksichtigt werden, daß sich der Wehrbeauftragte nach den gesetzlichen Verordnungen lediglich um die Wahrung der Grundrechte der Soldaten und die Beachtung der Grundsätze der inneren Führung kümmern darf.

Freimütig

Wir entnehmen dem Bericht mit Freude, daß bei den Truppenbesuchen wiederum der Freimut, die Freude an der Kritik, die Unbefangenheit, aber auch die Sachlichkeit auffallen, mit der die jungen Soldaten ihre Ansichten, auch gegenüber ihren Vorgesetzten, vertreten. Diese Eigenschaften gehören zum Wesen der heutigen Jugend und sind Ausdruck eines gewandelten Stils, dessen freiheitlicher Grundzug sich mit den überholten Methoden der Ausbildung und Erziehung nicht verträgt. Es ist deshalb ebenso natürlich wie unerlässlich, daß die Menschenführung in der Bundeswehr sich auf diese Eigenschaften einstellt. Diese Feststellungen können wir nur unterstreichen und hoffen, daß der "Kadavergehorsam" keine Wiederkehr erlebt.

Auf Einzelheiten des Jahresberichtes möchte ich nicht eingehen, obwohl die geschilderten "Fälle", ob sie die Behandlung Untergebener oder unzulässige Ausbildungsmethoden, besonders aber unzulässige Kollektivmaßnahmen betreffen, sehr interessant sind. Es wäre aber falsch, wenn wir diese Einzelfälle dazu benutzen würden, Kollektivurteile über die Bundeswehr zu fällen.

5537 Eingaben

Welches große Vertrauen dem Wehrbeauftragten entgegengebracht wird, geht aus der Zahl der Eingaben hervor. 5537 Soldaten aller Dienstgrade, aber auch Familienangehörige suchten bei ihm Rat, Hilfe und Unterstützung. Der Bericht bestätigt aber auch die Auffassung der SPD-Mitglieder im Verteidigungsausschuss des Bundestages, wenn festgestellt wird, daß die Bundeswehr nunmehr eine "schöpferische Pause" benötige, ja sogar dringend notwendig hat, die der Verbesserung des Ausbildungsstandes dienlich ist und vor allen Dingen der inneren Festigung der Truppe dient. Wenn der Bericht aber seinen Sinn voll erfüllen soll, dann müssen die vielen Anregungen und Vorschläge von Parlament, Regierung und Verteidigungsministerium aufgenommen werden und aus den Erkenntnissen die notwendigen Folgerungen für die Praxis und Gesetzgebung gezogen werden.

+ + +

Hollywood entthront

Wandlungen im Spiegel der Statistik

B.K. - Zwar gilt Hollywood immer noch als das Zentrum wenn auch nicht der Filmkunst, so doch der Filmproduktion. Doch belehrt uns das Statistische Jahrbuch der Vereinten Nationen, daß Japan mit 536 Normalfilmen mehr als doppelt soviel flimmernde Illusionen produzierte als die USA (mit 254), die sogar von Hongkong (mit 302 Filmen) auf den dritten Platz zurückgedrängt wurden. Dann folgen Italien und Frankreich, über die meisten Kinos Theater verfügt indessen die Sowjetunion, doch über die amerikanischen Lichtspielhäuser offensichtlich eine größere Anziehungskraft aus, erfreuten sich doch ihre Besitzer mit 2,2 Milliarden Besuchern eines absoluten Weltrekordes.

Verwandlung der Welt

Doch handelt es sich bei den Filmen nur um ein einziges Beispiel von unzähligen, die so recht deutlich machen, wie gewaltig der Unterschied zwischen den noch auf der Schulbank erlernten Vorstellungen und der heutigen Wirklichkeit ist. Das Weltbild und damit auch das Verhalten der Menschen bleiben hinter den tatsächlichen Veränderungen weiter zurück denn je. Der Erfahrungsschatz, der von einer Generation der nachfolgenden übermittelt wird, erweist sich in manchen Bereichen als veraltet.

In nicht ganz 25 Jahren hat sich die industrielle Produktion der Welt verdreifacht. Der Handelsaustausch wurde verdoppelt. Aber nicht nur diese enormen quantitativen Veränderungen machen die Verwandlung der Welt aus, sondern auch die nicht weniger bedeutenden geographischen Verschiebungen im Wirtschaftsleben. Die Sowjetunion wurde nach den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Stahlproduzent; das Verhältnis beträgt noch 89 gegen 71 Millionen Tonnen. Dann folgten in grossem Abstand die Bundesrepublik Deutschland, Japan, Großbritannien, Frankreich.

Kohle löst Spitzenposition ein

Im Jahre 1961 hat die Kohle erstmals weniger als die Hälfte der in der Welt verbrauchten Energie geliefert. Sie wurde vom gemeinsamen Ansturm des Erdöls, des Naturgases und der Wasserkraftwerke etwas in den Hintergrund gedrängt. Und zum ersten Mal hat Afrika mehr Erdöl geliefert als Westeuropa, wobei natürlich der Löwenanteil auf die Sahara entfällt. Neu trat Libyen in die Gruppe der Erdölproduzenten, an deren Spitze die USA (33 Prozent der Weltproduktion), die UdSSR (15 Prozent) und Venezuela (14 Prozent) stehen.

Seit 1945 hat sich die Erzeugung elektrischer Energie verdreifacht. Auch hier stehen die USA mit 42 Prozent der Weltproduktion an der Spitze, gefolgt von Europa (30 Prozent) und der Sowjetunion (13 Prozent). Auf dem Gebiet des Transportwesens, das in allen seinen Sparten neue Rekorde zu verzeichnen hat, sticht besonders der Flugverkehr hervor, der seine Leistungen in weniger als 15 Jahren versechsfacht hat.

Dieser kurze Ausflug ins Reich der Statistik vermittelt nur eine blasse Vorstellung davon, daß sich die Welt inmitten eines Umwandlungsprozesses befindet, dessen Höhepunkt vielleicht erst noch bevorsteht und dessen Ergebnisse kaum vorauszusehen sind. Nicht nur Hollywood, sondern auch unser Weltbild wurde entthront, ohne daß wir uns dessen schon so richtig bewußt geworden wären.....

Mein Weg zur Sozialdemokratie (III)

Bekenntnisse bekannter Sozialdemokraten

Prof. Ernst Wilhelm Meyer. MdB

Erst verhältnismäßig spät habe ich mich der SPD angeschlossen. Es geschah dies nicht aus materiellen Gründen. Sie hätten mich eher anderer Parteien zuführen mögen. Es geschah auch nicht aus temporären Stimmungen. Vielmehr waren es bleibende, grundsätzliche Überlegungen, die für mich maßgebend waren.

Eine größte Auseinandersetzung unserer Zeit ist diejenige mit dem totalitären Kommunismus. Sie wird von der pluralistischen Gesellschaft niemals gewonnen werden können, wenn es ihr nicht gelingt, einen einigermaßen gerechten Staat aufzubauen. Hierzu benötigen wir nicht Gleichmacherei, sondern Gleichberechtigung. Wir besitzen solche aber noch keineswegs oder allenfalls nur in Ansätzen. Diejenige Kraft aber, die bei weitem am stärksten auf Gleichberechtigung hindrängt, ist die Sozialdemokratie. Sie erscheint mir daher als die eigentliche, die entscheidende Alternative zum Kommunismus. Dies liegt auch daran, daß das Gros der organisierten Arbeiterschaft zu ihr gehört. CDU und FDP haben gewiß ihre Verdienste. Ich bin weit entfernt, dies zu leugnen. Indes wäre es ein verhängnisvoller Irrtum zu verkennen, daß das stärkste Bollwerk gegen den Kommunismus die Arbeiterschaft und nach dem Gesagten somit auch die Sozialdemokratie ist. Dort müßte, wie ich empfand, mein eigener politischer Platz sein, und zwar bewußt gleichzeitig als Angehöriger der sogenannten höheren Beamtenschaft und des Hochschuldienstes. Während die heutige CDU und FDP mir im Kern - Ausnahmen gern zugegeben - als beherrschende Faktoren erscheinen, erblicke ich in der Sozialdemokratie Beides: sowohl eine große reformatorische geistige Bewegung als auch nicht minder eine große bewahrende Kraft der höchsten, überkommenen Werte unserer Kultur. Sie ändert das Unvollkommene und bewahrt das Beste.

Lange Jahre habe ich ferner in einem der größten Entwicklungsländer der Gegenwart, in Indien, verbracht. Nicht erst dort, aber namentlich auch dort ist mir klar geworden, daß die soziale Demokratie auch die potentiell weltweite Antwort zu den Entwicklungsproblemen darstellt, die uns bedrängen und von uns Lösung heischen. Es ist ein schlechthin irrsinniger Gedanke anzunehmen, daß Länder, wie eben Indien oder auch China, ja auch die Sowjet-Union, eines Tages für eine ungezähmte oder unbalanzierte freie Wirtschaft, oder sonst für Theorien, gewonnen werden könnten oder auch sollten, die letztlich auf eine kapitalistische Vorherrschaft hinauslaufen würden. Auch die Antwort auf die schicksalsschwere Frage nach der Zukunft

der Entwicklungsländer heißt nicht Kommunismus oder Soziale Demokratie. Es gibt keine andere Antwort.

Ein so kurzer Abriss über Gründe einer Parteizugehörigkeit kann natürlich nicht vollständig sein. Er birgt zudem die Gefahr in sich, über demjenigen, was Parteien in Vielem und Grundlegendem trennt, manches sie einigende zu vergessen. Gleichwohl möchte ich auch bekennen, daß mich von denjenigen politischen Kräften, die bislang unsere Außenpolitik geformt haben, die Sterilität ihrer Ostpolitik und damit unserer Wiedervereinigungspolitik trennt. Gewiß liegt es auf der Hand, daß jede konstruktive deutsche Ostpolitik unsagbar durch die sowjetische Westpolitik erschwert wird. Diese abzulehnen und zu bekämpfen besagt aber nicht, ihr nicht eigene, reale, klare, kein Vorfeld preisgebende, jedes einseitige Zugeständnis vermeidende Gedanken entgegenzusetzen. Auch in dieser Hinsicht ist die Sozialdemokratie berufen, in Zusammenarbeit mit allen Deutschen die Zukunft besser zu gestalten, indem sie entscheidende zusätzliche Werte beiträgt.

+ + +

Dr. Alex Möller, MdB

Es war im Jahre 1922, als mein Vater, ein preußischer Beamter, mich fragte, ob wir nicht gemeinsam den Weg in eine Partei finden sollten, die unseren Zielen am nächsten stand: soziale Gerechtigkeit in einem demokratischen Staat. Ich sagte ja und habe dieses Ja nie bereut.

Über den Staat von Weimar kamen wir in die Tyrannei des Dritten Reichs, über den zweiten Weltkrieg in den Zusammenbruch, in das Besatzungsregime, in die Vorläufigkeit der Zweiteilung Deutschlands.

Das Verbot einer Partei hebt keine Gesinnung auf. Diktierter Unfreiheit kann nur die Freiheitssehnsucht verstärken. Nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 war es daher selbstverständlich, daß ich wieder Mitglied der SPD wurde. Aber ich hatte in meiner beruflichen Arbeit so viel Sorgen und Verantwortung, daß ich nicht bereit war, Funktionen zu übernehmen. Da geschah es: Ich ließ mich überreden, in der Südstadt von Karlsruhe in einer öffentlichen Versammlung das Thema "Der Weg in die Zukunft" zu behandeln. Von diesem Abend ab konnte ich mich den Wünschen meiner Parteifreunde nicht mehr entziehen.

Nur eines wäre noch hinzuzufügen: Mancher politische Normalverbraucher wundert sich, daß ich als Vorstandsvorsitzer einer privaten Aktiengesellschaft der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion angehöre. Als ich in jungen Jahren meinen Beitritt zur SPD vollzog, wollte ich mithelfen, unsere deutsche Republik zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu entwickeln. Diese Aufgabe ist geblieben. Wer für sich selbst die soziale Frage lösen konnte, hat eine noch höhere sittliche Pflicht, von dem Versuch nicht abzulassen, soziale Gerechtigkeit für alle zu erreichen.

+ + +